

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 219038/39  
Telex: 0886846 ppbn d

## Inhalt

Heinz Rapp MdB zieht eine Bilanz des jüngsten Katholikentages: Die "Kirchentagsbewegung" wächst.  
Seite 1-3

Günter Samtlebe, Dortmunder Oberbürgermeister, über den härteren Wahlkampf der Union auf kommunaler Ebene.

Seite 4/5

Helmut G. Schmidt würdigt SPD-Schatzmeister Friedrich Halstenberg aus Anlaß seines sechzigsten Geburtstag.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Gadesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

35. Jahrgang / 114

19. Juni 1980

Der Katholikentag ist unterwegs

-----  
Rückblick auf den Katholikentag in Berlin

Von Heinz Rapp MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Grundwerte beim Parteivorstand der SPD

In den vierzehn Tagen, die seit dem Berliner Katholikentag vergangen sind, haben sich die in Überfülle gewonnenen Eindrücke zu verallgemeinerungsfähigen Aussagen verdichten lassen: Sie werden den Betroffenen - das Wort hat viele Bedeutungs-schichten - noch lange zu denken geben. Und betroffen sind viele: Die Kirchen, die je in ihren Lebenslagen und Verantwortlichkeiten Angesprochenen, die sogenannten gesellschaftlichen Kräfte - und unter diesen die Parteien nicht zuletzt. Von einer "Kirchentagsbewegung" ist zu sprechen, die offenbar weder flüchtig noch auf die Bundesrepublik beschränkt ist: Sie steigert sich von mal zu mal und findet bei den Papstreisen weltweite Entsprechung. Was tut sich da, wie soll es weitergehen?

Über 70 Prozent der 100.000 - beim Ausklang auf dem Ku-Damm 200.000 - Teilnehmer waren Jugendliche; unterrepräsentiert war die Elterngeneration.

Das mag auch mit Terminlagen zu tun gehabt haben (unter den Jugendlichen überwogen demgemäß Schüler und Studenten); die starke Beteiligung der Jungen ist ohne Frage jedoch auch zu deuten als ein Ausbruch aus der aufs Materielle fixierten Welt der Elterngeneration. In der Anonymität einer solchen Veranstaltung werden Intimität und Spontaneität möglich, die in den verfestigten Strukturen zum Beispiel der Ortskirche nicht freizusetzen sind.

Dabei scheint die Generationenspannung jetzt freier von Aggression zu sein als noch vor wenigen Jahren. Bemerkenswert, wie die Jüngeren auf die Älteren und die Älteren auf die Jungen zugehen in der unverkennbaren Bereitschaft, sich



35. Jahrgang / 114 / 19. Juni 1980

In die Erfahrungswelt der anderen Generation hineinzufühlen. Die Charakterisierung "Junger Katholikentag" war treffender als das Etikett "Katholikentag der Jugend".

Die junge Generation, die da - hoffentlich - kommt, hat sich frei gemacht von der Attitüde der noch vor wenigen Jahren Zwanzigjährigen, durch die Einschwörung auf ein paar Zauberformeln im Besitz unumstößlicher Gewissheiten zu sein. Manche Beobachter des Katholikentages sprachen von Orientierungslosigkeit: Die klatschen ja immer und überall. Wer dabei war, hat es anders empfunden: Das sind junge Leute, die ganz natürlich fragen, weil sie - "natürlich" für ihre jungen Jahre - nicht wissen, wohl aber wissen und sich orientieren möchten. Dabei hat sich diese Jugend ihr kritisches Vermögen bewahrt - und selbstkritisches hinzugewonnen.

Wahrheit muß erfahrbar sein, muß erlebt werden können: Die Begeisterung etwa für Mutter Teresa zeigt es an. Die Folgen müssen bedacht werden - auch von den Politikern. Die Überzeugungskraft des Arguments wird der Bewährung in der Glaubwürdigkeit dessen ausgesetzt, der es vorträgt. Diese Jugend sucht Sicherheit auch wieder in der Orientierung an Personen; die Phase der Entpersonalisierung zum Beispiel von Politik - Dogmatisierung als Gegenposition - scheint vorüber zu sein. Dabei geht es nüchtern zu: Das Vorbild ist nicht gefragt als Leuchtturm zur Illuminierung trister Szene, sondern als lebender Beweis dafür, daß das Tun der Wahrheit möglich ist.

Unter dem Kirchentagsmotto: "Die Liebe Christi ist stärker" haben diese jungen Frauen und Männer nicht flüchtige Gefühle, sondern Orientierung ebenso zur Lebens- wie auch zur Weltgestaltung gesucht. (Die Unterscheidung zwischen dem Festival- und dem Arbeitscharakter des Katholikentags ist künstlich). Die Sensibilität für die Zukurzgekommenen, die Schwachen, die der Solidarität in besonderer Weise Bedürftigen hat sich weiter geschärft. Einige Beobachter meinten, dies geschehe jetzt in einer mehr unpolitischen Weise, da diese Jugend habe sich von der Politik ab- und individualistisch-"reiner" Orientierung bei "bloß caritativen" Engagement zugewandt. Die Frage wurde gestellt, ob sich in den "nach außen gewendeten Seelen", in all dem Bekenntnis-Eifer das Billy Graham-Syndrom oder gar der neue Narzißmus ankündigt, der in gewissen Gruppen der Jugend derzeit so vague ist. Zu solchen Schlüssen konnte nur kommen, wer das Reden über Politik mit dem Willen zu politischer Gestaltung verwechselt. Die jungen Leute haben in der Tat viel über sich selber geredet, sie sagten "ich tue" oder "ich habe versäumt" - sie sagten nicht "man sollte" oder "der Gesetzgeber muß". Eines der dem Katholikentag durchgängigen Themen war zum Beispiel das Recht der Ungeborenen, zum Leben zu kommen: In der Sorge um das Recht der Ungeborenen wird offensichtlich der gleiche Wille zur Solidarität angesprochen, der sich auch den Armen, den Kranken, den Geschundenen zuwendet. Es wurde verstanden, was der Papst meinte, als er in seinem Grußwort dazu auf-forderte, "die Väter und Mütter zu gewinnen", dem ungeborenen Leben Raum zu geben.

Die Jugend der Kirchentage ist fromm, und sie ist es mit Leib und Seele: Tanzend, singend, klatschend, in zärtlicher Zuwendung zum Freund, zur Freundin - und gesammelt und still, fröhlich und ernst zugleich. Es könnte ja sein, man sollte es nicht ausschließen, daß ein Gutteil des Aufbruchs ins "alternative Leben" in dieser neuen "Frömmigkeit im Lebenszusammenhang", der Erfahrung und der Praxis, ankommt. Bischof Meißner hat in seiner Schlußrede gemeint, die Jugend sei Lehrmeister gewesen (vorsichtiger Laienpräsident Prof. Dr. Maier: Man werde die Kritik der Jugend nicht überhören dürfen). Ob da wohl mit gemeint war, daß die Kirche die Formen ihrer Frömmigkeit wird öffnen können auch für die Freude junger Menschen aneinander? Die "unserer" Jugend in besonderer Weise zugeschriebene Sinnkrise unserer Zeit, die ja wohl auch ein Politikum ist, könnte eine überraschende Wende nehmen...

Die Begeisterung wird auf Hoffnung und die Hoffnung auf faktengestützte Perspektive zurückzuführen sein. Was bleibt, ist die Erkenntnis, daß der Prozeß der Abwendung der Jugend von christlichen Glauben nicht unumkehrbar ist; daß Kirche unbeschadet der Skepsis, die ihr entgegengebracht wird, ein Ort für junge Menschen auch unserer Zeit sein kann; daß viele jungen Leute ihre Erwartungen für eine bessere Welt der Kirche anzuvertrauen bereit sind (die sie in ihre Erwartung mit einbeziehen); daß dies freilich nicht im Sinne einer Rückkehr in die gesicherte Normenwelt gemeint ist: Der christliche Glaube an "die Liebe Christi, die stärker ist" trägt noch und wieder die Hoffnung



junger Menschen auf eine neue Einheit in Vielfalt, die die Zerrissenheit der Welt aufhebt.

"Wieviel Verschiedenheit und Pluralität verträgt die Kirche, ohne daß ihre Einheit in Seelsorge, Glaubenslehre und Moral zerbricht?" (KNA, 12.6.1980). Hier ist nicht der Ort, sich mit den inhaltlichen Schwierigkeiten der immerwährenden Aufgabe der Kirche zu befassen, "das alte Wahre neu zu sagen" und den Menschen im Wandel ihrer Erfahrungswelt nachvollziehbar zu machen. Aber wie soll "die Liebe Christi stärker" sein als all die Ungerechtigkeit und der Haß in der im Ost-West- und im Nord-Süd-Konflikt entzweiten Welt, stärker sein als der Egoismus und die Verschwendungssucht des (vom Christentum geprägten) Westens, wenn sie sich als nicht stark genug erweisen sollte, die Grundbefindlichkeit der Angst zu überwinden, die weithin das innerkirchliche Klima bestimmt? Haben die Verantwortlichen der Kirche wenigstens gespürt, daß sich die Proteste des "Katholikentags von unten" nicht gegen die Kirche richteten, sondern - bei aller Kritikbedürftigkeit auch dessen, was sich da tat - für eine bessere Kirche warben?

Der Präsident des Katholikentags hat versucht, diesen Impetus in der Formel vom "Katholikentag unterwegs" einzufangen - aber schon gibt es auch wieder Äußerungen, die das alles wegdistanzieren. Was bedeutet es denn, wenn zugleich die Katholikentage voller und die Gemeindekirchen leerer werden? Es ist richtig, daß das Verdikt über die "Amtskirche" mehr verschleiert als erhellt: Jeder hat ein Amt. Aber wie kommt es dann, daß der Durchbruch von der "bürgerlichen Betreuungskirche mit behördlichem Erscheinungsbild" zur Gestaltungskirche der Kirchentage nur in der Anonymität von Großveranstaltungen gelingt (deren Größe übrigens die Grenze der Machbarkeit erreicht hat)? Es ist nicht unangemessen, diese Fragen in einem Parteipressedienst zu stellen: Was wäre denn, wenn die Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht würden, die gerade junge Menschen in ihre Kirche setzen? Auch die Parteien haben in ihrem Bereich die Aufgabe zu leisten, Bewahrenswertes im Wandel zu bewahren und in Verschiedenheit und Pluralität Einheit zu stiften. Man könnte da voneinander lernen.

Als das Programm vorlag, war eine der ersten Reaktionen die: Kein politischer Katholikentag. Manche erklärten das Fehlen politischer und gar parteipolitischer Stich- und Reizwörter mit den Bedingungen, die der Tagungsort der geteilten Stadt auferlegte; andere verwiesen auf die Nähe der Bundestagswahl. Dem genaueren Beobachter bot es sich ander dar: Dies war sehr wohl ein Katholikentag der Präsenz der Kirche auch im Prozeß der politischen Meinungsbildung. Mindestens der (vom Laienkatholizismus getragene) Katholikentag scheint seine Form - die angemessene und wirksame Form - dieser Präsenz gefunden zu haben: Wo früher oft genug polemisiert wurde, wird heute argumentiert; wo man früher so tat, als verfüge die Kirche und nur sie über die richtigen Lösungen, werden heute die richtigen Fragen gestellt, wird das Forum zu orientierender und orientierter Diskussion angeboten; wo man früher den Mythos der Einheit von Konfession und "Christlicher Partei" kultivierte, spürt man heute das Bemühen um die Offenheit des "Prinzips Christen in den Parteien". Die Kirche lebt in ihrer politischen Argumentation wieder mehr aus Eigenem und nicht mehr aus der Fixierung auf die taktischen Belange einer Partei einerseits, auf irgendwelche bösen Feinde andererseits. Nach der Rückkehr vom Berliner Katholikentag wurden Sozialdemokraten unter den Teilnehmern gefragt, wie man sie denn ertragen habe. Die Antwort konnte schlicht die sein: Die Frage selbst ist irrelevant geworden. Gewiß sieht das in anderen Strukturen auch noch ganz anders aus; sehr einflußreiche Leute hängen ihrer Vorliebe für klare Fronten und geschlossene Formationen nach. Die reale Entwicklung läuft anders.

Dem allem müssen nun freilich auch die Parteien sich gewachsen zeigen. Als das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine Erklärung zur Bundestagswahl verabschiedete, die sich fordernd an alle und nicht zuletzt an die Kirche selbst wandte, konnte der Generalsekretär der CDU mal wieder nicht der Versuchung widerstehen, sie flugs und schlaue für die Unionsparteien zu vereinnahmen. Was soll's? Natürlich ist es legitim, an das Wählerpotential zu denken, das sich da auftut. Den parteipolitischen Wettbewerb um die engagierten Christen gewinnt man nicht durch anbietende oder anmaßende Vereinnahmung, sondern durch Glaubwürdigkeit und durch die Bereitschaft zuzuhören, in kritischer Diskussion hilfreich zu sein und selber aufzunehmen: durch geben und nehmen.

(-/19.6.1980/ks/ko)

+ + +



**Wider besseres Wissen**  
-----

**Der Wahlkampf der Union auf kommunaler Ebene zielt daneben**

**Von Günter Samtlebe**

**Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister in Dortmund**

Die Vasallen des Franz-Josef Strauß im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn befolgen die befohlene härtere Gangart. In einem Flugblatt, das "zur Sache" informieren soll, und behauptet: "Immer mehr Bürger werden Opfer der roten Parteibuch-Herrschaft. Wehners Saat geht auf", gehen sie nach ihren eigenen Vorstellungen tatsächlich zur Sache, indem sie mit Halbwahrheiten, Unwahrheiten und Verleumdungen arbeiten.

Sie behaupten, in den sozialdemokratisch regierten Ruhrgebietsstädten sei das Parteibuch für politische Verantwortung entscheidend mit der Folge, daß dadurch der Bürger bevormundet wird. Damit die wenigen Blinden in unseren Städten das auch glauben, wird der Entstellung der Tatsachen scheinbar Gewicht gegeben durch die Behauptung "Wehners Saat geht auf".

Sozialdemokraten und in erster Linie Herbert Wehner kennen und wissen, wie schwierig in der heutigen Zeit das Verhältnis zwischen Bürokraten und Bürgern geworden ist, was sowohl private wie staatliche Einrichtungen betrifft. Gerade die SPD bemüht sich immer wieder und erneut, grundsätzliche Erleichterungen und Verbesserungen im Interesse der Bürger herbeizuführen. Natürlich ist noch nicht alles in Ordnung, aber andererseits sprechen die Wahlergebnisse der letzten Zeit sowohl in den Kommunen als auch in den Ländern eine klare und eindeutige Sprache. Die Abfuhr, die die Wähler der CDU/CSU erteilt haben, kann diese nicht verkraften, und deswegen kläfft sie.

Die Hinweise, daß in SPD-regierten Gemeinden und anderen Bereichen Parteibuchwirtschaft herrsche, geht völlig ins Leere; denn gerade dort, wo Christdemokraten das "Sagen" haben, werden Stellen und Posten rigoros und konsequent mit Parteigängern besetzt. Noch heute sind in vielen Bundesbehörden entscheidende Po-



sitionen in den Beamtensystemen von CDU/CSU-Mitgliedern besetzt, weil zwanzig Jahre Regierungsherrschaft dies möglich gemacht haben.

Die Wahlstrategen der CDU glauben immer noch, daß mit Begriffen wie Bürokratisierung, mehr Privatinitiative und dem Vorwurf des überbordenden Zentralismus sozialdemokratische Politik im Bund, in den Ländern und in den Kommunen getroffen werden kann. Sie sagen das, obwohl sie wissen, daß ihre Aussagen eindeutig falsch sind. Das Bürokratisierungsproblem ist keine Frage der SPD oder der CDU, sondern eine Frage der Verwaltung selbst, unabhängig davon, wer die politische Mehrheit im jeweiligen Gebilde hat. Für mehr Privatinitiative zu streiten ist nur dann vernünftig, wenn die Dienstleistungsangebote durch die Gemeindeverwaltungen eine schlechtere Versorgung für alle Bürger bedeuten würden, als ein privatwirtschaftlich organisiertes Dienstleistungsangebot. Untersuchungen zeigen aber, daß Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen im wesentlichen dazu geführt haben, daß nach einer gewissen Zeit entweder die Versorgung schlechter wurde oder die Arbeitnehmer schlechter entlohnt wurden oder aber der Preis für diese privat erbrachten Dienstleistungen eine weit über den kommunalen Gebühren liegende Höhe erreichte. Ganz absurd ist der Vorwurf des Zentralismus; denn gerade die SPD hat auf allen Ebenen staatlicher Politik mehr als jede andere politische Partei dafür gesorgt, daß die Mitsprachemöglichkeiten des Bürgers besser werden.

Schließlich werden Straußens Schreiberlinge unglaubwürdig, wenn sie "Schluß mit der Verödung der Städte" fordern. Die CDU/CSU hat alle Möglichkeiten blockiert, durch ein vernünftiges Bodenrecht der Bodenspekulation entgegenzuwirken.

Es kommt der CDU/CSU nicht auf die Wahrheit an. Aufgeschlossene Kommunalpolitiker der CDU geben in Gesprächen im kleinen Kreis gern zu, daß solche pauschalisierten Formeln nichts anderes als Leerformeln sind; aber Hauptsache ist ja wohl nicht, den Bürger aufzuklären, sondern mit Strauß zu marschieren.

(-/19.6.1980/v0-he/ko)



### Ein Dankeschön der Partei

-----

Zum 60. Geburtstag von SPD-Schatzmeister Professor Friedrich Halstenberg

Von Helmut G. Schmidt

Das Amt ist so ausgelegt, daß sein Inhaber - will er es mit Sorgfalt verwalten - früher oder später zwischen die Mühlsteine verschiedener Interessenlagen geraten muß. Professor Friedrich Halstenberg wußte dieses als er im Januar 1978 den durch den überraschenden Tod seines Vorgängers Wilhelm Drüscher verweisten Platz des Schatzmeisters der SPD im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus übernahm. Er mußte auch wissen, daß er - SPD-Mitglied erst seit 1964 - es besonders schwer haben würde, die aus der Sicht des obersten Kassenverwalters der Partei manchmal auseinanderdriftenden Wünsche seiner Genossen unter einen Hut zu bringen.

Halstenberg hat nie den Versuch unternommen, sich nach dem Motto "Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft" bei der Parteibasis beliebt machen zu wollen. Ihm ist die finanzielle, und damit ein wesentlicher Teil der politischen Arbeitsfähigkeit der SPD, wichtiger, als sein eigenes persönliches Ansehen in der Millionenpartei SPD, deren Gleiderungen manche der notwendigen ökonomischen Entscheidungen nicht immer verstehen können.

Als Schatzmeister der SPD ist Professor Friedrich Halstenberg nicht nur verantwortlich dafür, daß die Parteikasse stimmt und in der Lage ist, die teuren Wahlkämpfe zu finanzieren, sowie den Parteiapparat zu bezahlen. Der SPD-Schatzmeister trägt auch die Verantwortung für die partei-eigenen Unternehmungen und Beteiligungen, die sich fast ausschließlich auf den Druck- und Verlagsbereich beschränken.

Auch hier ist Halstenberg nie ein Mann der Schön-Wetter-Politik gewesen. Schonungslos hat er zum Beispiel bei der in Turbulenzen geratenen Hamburger Morgenpost und der dazugehörigen Druckerei die Zahlen auf den Tisch gelegt und die Konsequenzen daraus angesteuert. Diese Konsequenzen müßten hart sein. Nur, keiner wöllte sie tragen. Ebenso wenig wie keiner die Verantwortung für die Über



viele Jahre hinweg mangelhafte Unternehmenspolitik übernehmen wollte. Halstenberg war nicht überrascht, daß er in Parteikreisen und in der Öffentlichkeit zum Sündenbock in Sachen Morgenpost gestempelt wurde. Er hat sich nicht daran gestört, sondern noch zu einer Zeit, als die Morgenpost von allen Beteiligten und Betroffenen längst aufgegeben war, unbeirrbar nach einem Ausweg für die einzige Nicht-Springer-Tageszeitung in Hamburg gesucht. Und fünf vor zwölf ist es ihm gelungen, eine Lösung zu finden, die zwar vielleicht auch nicht allen schmecken mag, die aber den Bestand einer der großen deutschen Tageszeitungen sichern half.

1920 im westfälischen Kreis Herford geboren, studierte Halstenberg nach dem Krieg Rechts- und Staatswissenschaften. Die Stationen seines politischen Wirkens waren: Deutscher Städtetag, Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Verband kommunaler Unternehmen, dann Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung. Der Wechsel ins gleichnamige Bonner Ministerium war naheliegend. Später war Halstenberg Direktor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk und schließlich ab 1966, Chef der Staatskanzlei in Düsseldorf unter Ministerpräsident Heinz Kühn. Das Gespann Kühn-Halstenberg hat viel in Nordrhein-Westfalen vorangebracht. So trug zum Beispiel das "Nordrhein-Westfalen-Programm 1975" die Handschrift Halstenbergs. 1972 avancierte Halstenberg zum Minister für Bundesangelegenheiten und vertrat die Interessen von Nordrhein-Westfalen in Bonn. 1975 übertrug Ministerpräsident Kühn seiner rechten Hand Halstenberg das Finanzministerium. Im Zusammenhang mit der Affäre um den ehemaligen Chef der Westdeutschen Landesbank, Poullain, trat Halstenberg im Januar 1978 zurück und übernahm auf Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt das Amt des SPD-Schatzmeisters.

Friedrich Halstenberg hat den Dank seiner Partei verdient, die am Freitag ihren Schatzmeister anlässlich seines 60. Geburtstages ehrt. Den Dank dafür, daß er sich in einer schwierigen Situation unter Hintanstellung seiner eigenen Person solidarisch in die Pflicht nehmen ließ und sich der Partei zur Verfügung stellte. Er hat es verdient, daß seine Sparappelle in der SPD ernst genommen werden. Die SPD war immer stolz darauf gewesen, daß sie vom kleinen Geld der Vielen lebt im Gegensatz zu den konservativen Parteien, die vom großen Geld der Wenigen ausgehalten werden. Wenn dieses so bleiben soll, dann muß die SPD Friedrich Halstenberg auf seinem Weg der finanziellen Konsolidierung folgen, denn: Wo kein Geld ist, hatte nicht nur seinerzeit der Kaiser sein Recht verloren. Dies gilt auch für Politiker und Parteien in unserer Zeit.

(-/19.6.1980/va-he/ko)

